

Private sollen Kurzarbeitssünder aufspüren

Der Bund engagiert externe Kontrolleure, um Betrug aufzudecken. Fachleute und Politiker finden das problematisch

Mischa Aebi

Kurzarbeitssünder müssen sich wappnen. Trotz der wegen Corona hohen Zahl von Firmen mit Kurzarbeit will das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) Schummler aufspüren. Wer glaubte, sich in der Masse verstecken zu können, dürfte sich getäuscht haben.

Das Seco sucht zwei private Firmen, die im Namen des Bundes Kurzarbeitssünder aufspüren. 20 Millionen Franken soll der Bund gemäss Pflichtenheft den privaten Kontrolleuren für ihre Leistung zahlen.

Dabei gibt das Seco den Schnüfflern sehr viel Macht. Sie dürfen bei Firmen mit Kurzarbeit gemäss Ausschreibungsunterlagen «Kontrollen vor Ort» durchführen. Mehr noch: Die Bundesbehörden wollen den Kontrolleuren sogar «die Erarbeitung von Verfügungen und Entscheiden mit Rechtscharakter sowie die Führung von Gerichtsverfahren» übertragen. Im Pflichtenheft heisst es ausdrücklich, dass man den Kontrolleuren «hoheitliche Aufgaben», sprich Staatsgewalt, übertragen wolle.

Die Übertragung von Staatsgewalt an Private sorgte immer wieder für heftige Debatten, zum Beispiel bei den Sozialdetektiven und bei der Frage, ob Bahnpolizisten Waffen tragen dürfen. Im aktuel-



Lässt Externe für ihr Amt schnüffeln: Seco-Chefin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch

Foto: Keystone

len Fall scheinen Experten angesichts der ausserordentlichen Situation nachsichtiger zu sein.

Es besteht die Gefahr von Interessenkonflikten

So sagt der Berner Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz: «Prinzipiell ist es sehr problematisch, wenn der Staat hoheitliche Aufgaben an Private delegiert. Denn es stellen sich sofort Fragen zur Unabhängigkeit und zur Glaubwürdigkeit der Kontrolleure.» Derzeit liege jedoch «wegen

Corona eine nie dagewesene Zahl an Kurzarbeitsbewilligungen vor», sagt Kunz. «Das ist eine zeitlich befristete Ausnahmesituation.» Der Bund habe in einem solchen ausserordentlichen Fall «wohl schlicht und ergreifend zu wenig Manpower» für eigene Kontrollen.

Die Kurzarbeitsdetektive im Dienste des Bundes werden vorwiegend Juristen und Wirtschaftsprüfer sein, die auch in der Privatwirtschaft Kunden haben. Wenn diese nun Aufgaben im Namen des Staates übernehmen, besteht die

Gefahr, dass sie gegen ihre eigenen Kunden ermitteln müssen.

Kunz warnt: Das Seco müsse solche Interessenkonflikte «mit strengen Regelungen» verhindern. Zudem seien für die kontrollierenden Firmen Geheimhaltavorschriften notwendig.

Ähnlich sieht es FDP-Nationalrat und Rechtsanwalt Andrea Caroni: «Ich habe im vorliegenden Fall ein gewisses Verständnis, dass der Bund externe Hilfe beansprucht.» Denn es handle sich bei der durch Corona bedingten Kurz-

arbeit um eine Ausnahmesituation. Soweit der Bund dabei hoheitliche Aufgaben – zum Beispiel Kontrollen vor Ort – auslagere, ist das gemäss Caroni «heikel». Er fordert: «Es muss sichergestellt sein, dass es dafür eine saubere Rechtsgrundlage gibt.»

147'000 Firmen erhielten Kurzarbeitsentschädigung

SP-Nationalrätin Jaqueline Badran sagt, Kontrollen seien zwar wichtig. Eine Vergabe an private Wirtschaftsprüfungsfirmen könne aber zu «Interessenkonflikten führen, wenn diese gleichzeitig Mandate haben von Unternehmen, die sie kontrollieren müssten».

Beim Staatssekretariat für Wirtschaft hat man hingegen keinerlei Bedenken, das staatliche Gewaltmonopol mit privaten Kontrolleuren zu teilen: «Es ist nicht unüblich, hoheitliche Aufgaben im Auftrag zu vergeben. Interessenkonflikte werden durch vertragliche Vereinbarungen eliminiert», sagt Sprecherin Livia Willi.

Das Ausmass der durch Corona bedingten Kurzarbeit ist historisch einmalig: Im April hat der Bund an 147'000 Firmen Kurzarbeitsentschädigungen ausbezahlt, im Juni waren es noch 52'000. Betroffen waren im April 1,3 Millionen Beschäftigte, im Juni sank ihre Zahl auf 490'000.

Anzeige

Leben und anlegen lassen.

Mit der E-Vermögensverwaltung.

Anlegen leicht gemacht.

postfinance.ch/vermoegensverwaltung

PostFinance